

Nationale Konkurrenz

Zum Leitartikel „Politische Spiele“, FR-Meinung vom 23. Juli

Sehr geehrter Herr Kaspar, in Ihrer Abwägung fehlen mir zwei aus meiner Sicht nicht unerhebliche Aspekte. Wenn „Millionen Menschen mit ihren Athletinnen und Athleten mitleiden und mitjubeln“, ist das für mich das Einüben nationaler Parteilichkeit, die im politischen Feld verheerende Konsequenzen hat. Ihre Athletinnen? Kaum einer oder eine hat mit den Athleten mehr gemeinsam als den nationalen Pass. Nichts sonst.

Von Kanzlerin Merkels kindlicher Freude über nationale Fußballerfolge gibt es für mich eine gerade Linie zur politischen Wahrung nationaler Interessen gegen den Rest der Welt. Letztes markantes Beispiel ist die Haltung zu Impfpflichten, die Stephan Hebel in einem anderen Leitartikel auf Korn genommen hat.

Beim Wembley-Tor 1966 war ich allein mit meiner Aussage, ich weiß nicht, ob der Ball drin war oder draußen. Fast alle Deutschen haben den Ball unbedingt draußen gesehen, fast alle Engländer ganz klar drinnen. Was also macht nationale Identifikation mit unserer Wahrnehmung? Kann man nationale Identifikation einfach abschalten, wenn sie nicht mehr „harmlos“ ist?

Zweitens: Ich habe im Leben viel Sport – auch Leistungssport gemacht. Je mehr Wettbewerb da im Spiel war, umso weniger gab es soziales Verhalten. Das scheint mir auch ganz logisch zu sein. Am Ende bin ich beim Freizeitsport geblieben, weil ich das nicht haben wollte.

Durch die nationale Konkurrenz wird der Wettbewerb auf die Spitze getrieben. Profisport in der Konkurrenz um nationale Meriten als Werbung und Anreiz für Spaß an der körperlichen Bewegung und Freude am sportlichen Miteinander ist für mich fragwürdig. Ich habe Zweifel, ob das gut ist. Joachim Reinhardt, Hüttenberg

Hoch oben auf einem Ast

Zur Karikatur „Krone der Schöpfung“, FR-Meinung vom 23. Juli

Ich benutzte und benutze dieses Bild bei Diskussionen, um die folgende fiktive Geschichte zu erzählen, wenn sich die Diskussion in Richtung Klimaschutz vs. Arbeitsplätze bewegt: Ich gehe im Wald spazieren und höre das Geräusch einer Säge. Keiner Motorsäge, wie sonst üblich, sondern einer Handsäge. Ich gehe dem Geräusch nach und sehe bald einen Mann hoch oben auf einem Ast sitzen, den er im Begriff ist, abzusägen. Ich rufe ihm zu, wenn er weitersäge, werde er sich zu Tode stürzen, da auch der weiche Waldboden ihn davor nicht bewahren könne. Das wisse er sehr wohl, lautet die Antwort, aber wenn er aufhöre zu sägen, verliere er seinen Arbeitsplatz. Klaus Krabiell, Würzburg

Eine grundsätzlich sinnvolle Maßnahme wird zum Zankapfel

Impfpflicht: „Keine einfachen Antworten“, FR-Meinung vom 27. Juli

Was bedeuten Impfrisiken für eine Impfpflicht?

Lieber Michi Herl, seit Wochen arbeiten Sie sich jetzt an den sogenannten „Querdenkern“ ab, was sicher breite Zustimmung finden dürfte, denn die gedanklichen Konstrukte der Querdenker sind meist so abstrus, dass eine ernsthafte Auseinandersetzung schwerfällt. Leider entwickeln manche Menschen in der Auseinandersetzung mit derart extremen Positionen selbst extreme Meinungen und Vorstellungen und übernehmen unmerklich (?) autoritäre Vorstellungen, die sie an anderer Stelle kritisieren.

Ihre Kolumne beginnt mit der sinnvollen Aussage „Keine einfachen Antworten“ und endet fatalerweise mit der abstrusen Forderung einer „Impfpflicht für alle“ als extreme Vereinfachung und damit auch der Verweigerung eines differenzierten Diskurses. Ich bin kein Impfgegner und halte die Impfung grundsätzlich für sinnvoll, sowohl als Schutz für das Individuum als auch als Maßnahme der Pandemiebekämpfung. Trotzdem gibt es neben irrationalen Ängsten auch verstehbare Gründe, wa-



Auf einer Demo der „Omas gegen rechts“ in Frankfurt sagt eine Frau den Querdenkern die Meinung.

MICHAEL SCHICK

rum sich Menschen gegen eine Impfung entscheiden. In einer demokratischen Gesellschaft sollte ein so weitgehender Eingriff in den eigenen Körper

grundsätzlich eine freiwillige Entscheidung sein. Immerhin gab es eine Anzahl von Todesfällen durch Sinusvenenthrombosen in ursächlichem Zusammen-

hang mit der Astrazeneca-Impfung. Was bedeuten Impfrisiken für eine Impfpflicht? Darf mich der Staat dazu zwingen, diese Risiken einzugehen? Wie Sie vielleicht sehen, gibt es wirklich keine einfachen Antworten, und autoritäres Denken hat wenig mit „praktischer Vernunft“ zu tun.

Hermann Roth, Frankfurt

Ohne Führerschein darf man kein Auto steuern

Aha, so ist das also! Die großen Schlaudenker und Rechthaber teilen uns mit, dass es eine unerträgliche Diskriminierung sei, wenn Ungeimpfte Einschränkungen hinnehmen müssen, die den durch Impfung Geschützten nicht zugemutet werden. Menschen werden ungleich behandelt: Verrat!

Nun, dann ist es gewiss auch eine durch nichts zu rechtfertigende Willkür, wenn Führerscheininhaber Auto fahren dürfen – alle anderen aber nicht. Das ist offenbar: staatliche Willkür! Folgerung: Wir leben in einer menschenverachtenden Diktatur.

Was muss man rauchen, um solchen Unfug für reine Wahrheit zu halten?

Diethelm Henkelmann, Mörfelden



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zurschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210802

Was tun für Insekten? Bronski baut seinen Garten um. Kräuter, heimische Blühpflanzen, Insektenhotels, Totholz – lesen Sie hier: frblog.de/garten-19

Geheime Daten gingen auch an die AfD

Başay-Yıldız: „Anwältin entsetzt über Regierung“, FR-Regional vom 27. Juli

Die Sicherheit der V-Leute hatte Vorrang

Es herrscht Erklärungsnotstand. Wer kann mir folgendes Regierungshandeln erläutern? Da durften Ausschussmitglieder bei der Arbeit des parlamentarischen Untersuchungsausschusses (NSU-Verbrechen) Unterlagen der hessischen Sicherheitsbehörden nur in einem abgeschirmten Raum für begrenzte Zeit einsehen. Die Sicherheit der V-Leute hatte Vorrang. Insgesamt bleiben die Akten für 30 Jahre als geheim unter Verschluss. So die Entscheidung der hessischen Regierung.

Und nun bekommen alle Abgeordnete des Landtags Akten zugeschlacht. Darin steht die Anschrift der mit Mord bedrohten Anwältin Başay-Yıldız, auch die Kindertagesstätte ihrer ebenfalls bedrohten Tochter wird genannt. Beide stehen unter Polizeischutz, die Personalien unterliegen der Geheimhaltung.

Der für den Versand verantwortliche Chef der Staatskanzlei begründet, erst wenn der Ausschuss die Unkenntlichmachung verlange, könnten die Adressen geschwärzt werden. Dass auch AfD-Abgeordnete darunter sind, deren Partei vom Verfassungsschutz beobachtet werden soll, schert die Staatskanzlei nicht.

Kurz: Rechtsradikal-Verdächtige können allein aus Regierungsvollmacht geschützt werden, bei mit Mord bedrohten Bürgerinnen muss erst der Ausschuss ein Schutzverlangen vortragen. Dies und noch viel mehr wird toleriert und gedeckt vom Regierungspartner, den Grünen

mit Minister Al-Wazir an der Spitze. Wer kann mir begründen, warum man einer so durch Machtgenuss korrumpierbaren Partei das Kanzleramt anvertrauen darf?

Aber das heißt ja im gängigen Jargon der Arrivierten „politischer Gestaltungswille“.

Dieter Reitz, Mainz

Kein Problembewusstsein, was rechten Terror betrifft

Die Tatsache, dass die hessische Landesregierung die gesperrte Privatadresse der von rechts bedrohten Frankfurter Rechtsanwältin Seda Başay-Yıldız ebenso wie die Adresse der Kita ihrer Tochter auch der Landtagsfraktion der AfD zur Kenntnis gebracht hat, ist ein erneuter Skandal, der sich nahtlos einfügt in die lange Reihe von Affären, die zeigen, dass die Verantwortlichen in der hessischen Exekutive offensichtlich zumindest kein Problembewusstsein und Fingerspitzengefühl, geschweige denn ernsthaftes Engagement in der Bekämpfung des rechten Terrors zeigte.

So sollte sich bis in die Landesregierung doch herumgesprochen haben, dass die AfD der parlamentarische Arm des Rechtsterrorismus hiezulande ist und dieser vor Gewalt und Mord nicht zurückschreckt, wie etwa die brutale Tötung an Walter Lübcke im Juni 2019 auf grausame Weise zeigte.

Doch es könnte ja auch sein, dass in der hessischen Administration bei vielen noch ein Geist vorherrschend ist, der von Roland Koch und anderen

Rechtsauslegern der CDU geprägt worden ist. Es ist jedenfalls im konkreten Fall nicht nur fahrlässig, sondern darüber hinaus auch verantwortungslos, wenn die Daten von Frau Başay-Yıldız und ihrer Tochter via AfD-Landtagsfraktion den Rechtsradikalen sozusagen auf dem Tablett serviert werden. Es wäre übrigens auch mal von Interesse, wie die Grünen den Vorgang bewerten.

Manfred Kirsch, Neuwied

Und der Innenminister sitzt weiter fest im Sattel

Es dürfte nun wirklich kein Geheimnis sein, dass weite Teile der AfD keinerlei Berührungängste zur Szene der gewaltbereiten Stiefelfaschisten zeigen. So manche Todesliste aus diesem terroristischen Milieu dürfte Informationen enthalten, welche einen diffusen Weg aus sympathisierenden Kreisen der Sicherheitsbehörden über die AfD in diese Strukturen gefunden haben.

Umso skandalöser ist diese anscheinend endlose Kette von Meldungen über behördliches Handeln gerade in Hessen. Wir können nur spekulieren, was dem zugrunde liegt: Wirklich nur Arglosigkeit, Ignoranz oder schon Absicht, Vorsatz? Gedeckt jedenfalls von einem Innenminister, der, egal was herauskommt, fest im Sattel zu sitzen scheint. So ruinieren die Repräsentanten der Demokratie diese von innen und arbeiten der AfD und Konsorten geradewegs in die Hände. Bernd Bremen, Aachen

Diskussion: frblog.de/jildiz